



Haushalts- und Finanzausschuss

104. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)¹

1. Oktober 2009

Lüdenscheid – Rathaus

14:00 Uhr bis 16:55 Uhr;

17:15 Uhr bis 17:20 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug	5
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9508	

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9508 anzunehmen.**

¹ vertraulicher Teil mit TOP 3 siehe vAPr 14/33

2	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)	7
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9700	
	Einzelplan 03: Innenministerium	7
	Beratung	
	Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie	19
	Beratung	
	Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration	23
	Beratung	
	Einzelplan 12: Finanzministerium	27
	– Einführungsbericht von StS Angelika Marienfeld (FM)	27
	– Beratung	31
3	Aktuelle Situation bei der WestLB AG	36
	Bericht des Finanzministers	

Auf Bitte des inzwischen eingetroffenen Finanzministers **beschließt** der Ausschuss einvernehmlich, **vertraulich zu beraten**.

* * *

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9508

Dieser Gesetzentwurf sei, so **Vorsitzende Anke Brunn**, am 10. September 2009 federführend an den Rechtsausschuss und zur Mitberatung an den HFA überwiesen worden. Der federführende Ausschuss wolle seine Beratungen am 28. Oktober abschließen und bitte daher um das Votum des Haushalts- und Finanzausschusses.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) zeigt sich etwas erstaunt darüber, dass zu dem Gesetzentwurf ohne vorherige Beratung im Unterausschuss „Personal“ bereits ein Votum abgegeben werden solle. Der Gesetzentwurf datiere vom 1. Juli 2009, sodass eine Beratung im Unterausschuss eigentlich hätte möglich sein müssen.

Zur Sache könne er feststellen, dass die SPD-Fraktion vorbehaltlich der Diskussion im Fachausschuss das Vorhaben grundsätzlich unterstütze. Allerdings hätte er zunächst gerne die Frage beantwortet, ob die mit dem Gesetz vorgesehene Anhebung einiger Beförderungssämter dazu führen werde, auch im nachgeordneten Bereich Bedarf an Höhergruppierungen auszulösen.

Auf Nachfrage der **Vorsitzenden Anke Brunn** zeigt sich **Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)** einverstanden, auf eine Beratung im Unterausschuss „Personal“ zu verzichten und heute zu votieren. Er wolle nur grundsätzlich deutlich machen, dass solche Gegenstände in den Unterausschuss gehörten. Schon beim Disziplinarrecht sei es so gewesen, dass der entsprechende Gesetzentwurf nicht zeitgerecht im Unterausschuss habe beraten werden können. Im Hinblick darauf sollte zukünftig etwas sorgfältiger gearbeitet werden.

Zu der von Herrn Trampe-Brinkmann gestellten Frage bemerkt **MDgt Dr. Gert Leis (FM)**, aufgrund des Gesetzes sollten die nur die darin genannten Beförderungen vorgenommen werden. Weitere Beförderungsmöglichkeiten würden dadurch nicht geschaffen.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) fragt weiter, ob denn die in dem Gesetz vorgesehene Besoldung vergleichbar sei mit der Besoldung in ähnlich großen Einrichtungen und ob das Justizministerium die Besoldungsgruppe A 11 für die Leiter derart großer Einheiten als amtsangemessen ansehe.

MDgt Dr. Gert Leis (FM) antwortet, nach Meinung des Justizministeriums sei es amtsangemessen, die im Gesetzentwurf aufgeführten Stellen so zu bewerten.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) meint, angesichts der Größenordnung der Zahl der unterstellten Beschäftigten halte er Besoldungsgruppe A 11 für bei Weitem nicht ausreichend. Der Gesetzentwurf biete den Betroffenen zwar eine Chance, ein Aufstiegsamt zu erlangen; allerdings hätte er sich dafür eine höhere Besoldungsgruppe vorstellen können. Die SPD-Fraktion werde sich daher heute der Stimme enthalten und über den weiteren Fortgang im Fachausschuss beraten.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/9508 anzunehmen.**